

Volke-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Bezugspreis
 Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
 Bestellung 1.00 Mark, vierteljährlich
 2.50 Mark, durch die Post 3.50 Mark
 einschließl. Zustellungsgebühr. Be-
 stellungen werden von allen Reichs-
 postämtern angenommen. Im
 wesentlichen Zeitungsverzeichnis unter
 Bezeichnung eingegangener Manuskripte
 wird keine Gewähr übernommen.
 Hochachtung mit der Redaktion
 der Halle-Zeitung gesteuert.
 Herausgeber der Halle-Zeitung Nr. 1149,
 in Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
 des Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
 Verlags-Kontakte Leipzig Nr. 4609.

werd. A. Tgspost. 30mm Br. Kolon-
 neta oder deren Raum mit 40 Pf.
 bezahlt u. in anderen Annahmestellen
 u. allen Postämtern zu bestellen.
 angenommen. Reklamen die 92 mm
 breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
 Annahmestelle vorm. 11 Uhr,
 für die Sonntags- u. abends
 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
 möglich, müssen schriftlich erfolgen.
 Erfüllungsort: Halle. Erscheint
 169.1 mal, Sonntags 1 mal. Ersch-
 leit. u. Haupt-Erschließungsstelle: Halle,
 Neue Promenade 14, Dr. Braun-
 haus. 17. Neben-Erschließungsstelle:
 Markt 24 und Große Mühlstraße 22.

Nr. 127a.

Halle, Montag, den 17. März.

1919.

Ein Sieg des hallischen Bürgertums.

Die Arbeiterwahl in Halle.

Der Sonntag hat dem einigen und geschlossenen Bürger-
 tum einen schönen und stolzen Erfolg gebracht, der die Ur-
 sache ist, daß dem Gewaltregime Kilians im A-
 in Ende gesetzt ist. Während bisher die unabhängige
 Sozialdemokratie von 80 bis 85 Mandaten im Arbeiter-
 rat in 65 bis 68 inne hatte und infolgedessen nach Gut-
 künften schalten und walten konnte, hat der gestrige Son-
 ntag eine gründliche Wende der Lage gebracht. Es er-
 zeigten Stimmen die

Stimmen	3869
„ Oberburg	11940
„ Speerl	11274

Schon daraus geht hervor, daß die Bürgerlichen
 mit der Mehrheits-Sozialdemokratie über
 eine gründliche und sichere Mehrheit verfügen werden.

In dem Wahlausfall, der einen Zusammenbruch der
 Politik der unabhängigen Sozialdemokratie bedeutet, liegt
 die Kluft über das, was alle nicht unabhängigen oder
 parteilichen Einwohner in den letzten Monaten getragen
 und erduldet mußten. Die Wahl war eine Abrechnung mit
 den Machthabern, die keine Achtung vor Recht und Gesetz
 hatten und die Gewalttaten häuften. „Ich bin die volk-
 scheidende Gewalt! Ich lasse Sie sofort ver-
 arsten.“ Solche und ähnliche anmaßende Verheerungen
 sind Herr Kilian künftig nicht mehr führen können, nach-
 dem Arbeiter, Angestellte und Beamte ein so scharfes Urteil
 über das brutale Gewaltregime gefällt haben. Jetzt ist es
 Sache der Mehrheits-Sozialdemokratie, eine praktische
 Politik zu treiben, die sich nur Seite an Seite mit den durch
 die bürgerliche Wahlliste gewählten Kandidaten durchführen
 läßt. Die Mehrheits-Sozialdemokratie, die täglich von den
 unabhängigen in ungläubiger Weise beschimpft wird, kann
 unmöglich sich zu den Gefinnungsfreunden der verzeigerischen
 parteilichen zurückfinden. Das eröffnet die Aussicht auf
 eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den „Bürgerlichen“,
 von der wir hoffen wollen, daß sie zum Segen aller arbeit-
 enden Klassen und damit auch zum Segen der Stadt Halle aus-
 reiche.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Abstimmung in den
 einzelnen Bezirken:

Bezirk	Stimmen	Stimmen	Stimmen
	Stimmen	Stimmen	Stimmen
1:	40	353	113
2:	73	277	163
3:	69	421	189
4:	80	240	164
5:	69	289	135
6:	51	348	187
7:	72	394	148
8:	6	302	100
9:	67	188	370
10:	93	143	348
11:	50	86	174
12:	69	188	318
13:	61	188	306
14:	85	198	418
15:	79	175	338
16:	64	152	256
17:	115	153	324
18:	55	245	102
19:	72	167	183
20:	66	200	200
21:	62	219	170
22:	78	179	149
23:	75	146	309
24:	89	128	285
25:	60	188	302
26:	95	107	257
27:	88	212	243
28:	76	222	153
29:	72	219	179
30:	40	240	111
31:	58	177	146
32:	45	184	219
33:	89	184	230
34:	75	170	225
35:	80	149	327
36:	82	217	136
37:	65	288	177
38:	78	287	103
39:	77	304	183
40:	70	407	78
41:	73	380	136
42:	84	188	428
43:	85	206	268
44:	80	322	285

Bezirk	Stimmen	Stimmen	Stimmen
	Stimmen	Stimmen	Stimmen
45:	150	189	281
46:	117	115	485
47:	105	220	298
48:	113	282	297
49:	129	251	147
50:	79	389	100
51:	42	415	62
52:	37	223	62

Zusammen: 3869 11940 11274

Ein stichtiger Blick auf diese Zahlen zeigt, daß auf die
 bürgerliche Liste 36 Kandidaten, auf die der Mehrheits-
 Sozialdemokratie 12 und auf die der Unabhängigen 37 Man-
 date entfallen dürften. Eine Definition und genaue Be-
 rechnung ist dies jedoch nicht.

Der Inhalt des Brüsseler Lebensmittel- Abkommens.

WTB. Berlin, 15. März. Die Abkommen über die Lebens-
 mittelversorgung Deutschlands, über deren Finanzierung und
 über die Zuerückführung der deutschen Handelsflotte, sind
 nach zureichenden Verhandlungen in Brüssel heute unterzeichnet
 worden. Nach den Vereinbarungen über die Lebensmittel-
 lieferungen soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in
 See zu gehen, und sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten
 Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert er-
 halten. Deutschland hat weiter als Recht,
 monatlich bis zu 70 000 Tonnen Getreide und 300 000 Tonnen
 Brotgetreide

oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln
 zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika
 und den Ländern der Entente, sondern auch aus neutralen
 Staaten. Die Einfuhr von Getreide aus Ägypten in europäischen
 Gefäßen und die Einfuhr von Getreide soll hierbei nicht in
 Anrechnung gebracht werden. Die Einschränkungen hinsichtlich
 des Fischfangs in der Nordsee werden sofort aufgehoben. Zahlung
 soll für jede Lieferung im Voraus erfolgen. Die

Verzögerung des linksrheinischen Gebietes
 soll in gleicher Weise wie die des rechtsrheinischen Gebietes er-
 folgen. Die deutsche Regierung soll jenseit der Verpfändung über
 deutsche Häfen und das Inland nach Lebensmittel-Importen und
 Exporten gestatten. Um die Lebensmittelversorgung zu ver-
 mildern werden die abgesetzten Regierungen den Verkehr nach
 dem Ausland für Deutschland erleichtern. In Rotterdam soll
 eine Rüstungs-Kommission die kaufmännischen und sonstigen
 Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben, regeln. Die nach
 Deutschland eingeführten Waren müssen bar bezahlt werden,
 wobei Zahlungen in Reichsmark ausbleiben.

Zur Bezahlung
 kommen in Betracht die Erlöse von Ausfuhren aus Deutschland
 sowie Zahlung in deutschen Schillingen in neutralen Häfen, Kredite
 in neutralen Ländern, Verkauf oder Verpfändung ausländischer
 Wertpapiere und Anlagen, Kredite deutscher Schiffe und Schlep-
 pen, das als vorläufige Sicherheit für die Bezahlung dient.
 Da die abgesetzten Regierungen über 270 000 Tonnen hinaus
 keine Lieferverpflichtungen übernehmen und nur eine Einfuhr-
 erlaubnis von je 370 000 Tonnen monatlich geben, muß Deutsch-
 land damit rechnen, den Verkehr zu machen, einen nicht uner-
 heblichen Teil der Lebensmittel von den Neutralen zu kaufen.
 Es sind daher Bestimmungen über die

Ausfuhr aus neutralen Ländern
 und die Verwertung von Gold und ausländischen Wertpapieren
 für Kredite für Nahrungsmittelzufuhr aus neutralen Ländern
 getroffen worden. Die Bestimmungen über den Verkehr mit
 neutralen Ländern, insbesondere die Ausfuhren und den Finanz-
 verkehr, erhalten verschiedene Klauseln, insbesondere werden
 die abgesetzten Regierungen bitten über Waren, deren Ausfuhr
 verboten ist, einzuhandeln; auch ist das System der schwarzen
 Listen in den neutralen Ländern nicht aufgehoben, ohgleich
 dessen Abänderung erwogen wird. Die abgesetzten Regierungen
 haben entschieden Wert darauf gelegt, daß Deutschland die
 Lebensmittelzufuhr

möglichst durch Anleihen finanziert.
 Es ist daher bestimmt worden, daß abgesehen von der Bezahlung
 der bereits früher fest zugelegten 270 000 Tonnen Gold und aus-
 ländische Wertpapiere, einsteuere nur im Betrage von 200 Mill.
 Dollars für die Bezahlung der Lebensmittelzufuhr verwendet
 werden dürfen. Ferner haben die abgesetzten Regierungen, in
 auf die Behebung der industriellen Ausfuhrlosigkeit und damit
 auf die Wiederherstellung der inneren Ordnung in Deutschland
 einzuwirken, verlangt, daß die Einfuhren niemandem zulommen
 dürfen, der infolge eigenen Verfalls ohne arbeitslos ist. Die
 deutsche Regierung hat sich schriftlich bereit erklärt,
 in Brüssel ein Depot von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold
 zu hinterlegen, damit mit der Lieferung von Lebensmitteln so-
 fort begonnen werden kann.

Das Depot ist zurückzugeben, sobald andere Mittel bereit-
 gestellt werden für die Lieferung der beschlagnahmten aus-
 ländischen Wertpapiere an die abgesetzten Regierungen. Es
 sollen noch abgesetzter und deutscher Seite Komitees gebildet
 werden, die an einem noch zu bestimmenden Platz zusamen-
 treten werden. Die abgesetzten Regierungen verlangen ferner,
 daß mit der Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere sofort
 vorgegangen wird, was deutscherseits anerkannt wurde. Durch
 die bislang von den abgesetzten Regierungen anerkannten
 Zahlungsmitteln wird etwa nur die Hälfte der Lebensmittel zu-
 fuhr für den Einfuhr aus Deutschland gestattet zu sein.

Frage der Deutung des Restes muß späteren Verhandlungen vor-
 behalten bleiben.
 Das Abkommen über die

Zuerückführungstellung der Flotte
 enthält die Ausführungsbestimmungen zum Trieter Abkommen.
 Hierbei sind einige Zugaben gemacht worden, insbesondere sind
 gewisse Ausnahmen, wenn auch vorläufig nur vorübergehend, ge-
 gestattet. Ebenso bezüglich der deutschen Mannschafft und der
 Schiffsladungen. Auch die Frage des Detachierens ist einem
 Sinne entschieden worden, der ein Arbeiten derselben erhoffen
 läßt. Der wesentliche Unterschied jeder Vereinbarung gegen-
 über den bisherigen Verhandlungen liegt darin, daß die abge-
 setzten Regierungen nicht Deutschland die Lieferungen einer be-
 stimmten Menge von Lebensmitteln garantieren, sondern das
 Recht einräumen, Lebensmittel in der höchstmöglichen von 370 000
 Tonnen monatlich durch selbständigen Abschluß von Verträgen in
 den feindlichen oder neutralen Staaten einzuführen. Die Er-
 haltung der Kreditfähigkeit Deutschlands gegenüber diesen Län-
 dern ist daher die Voraussetzung für die Möglichkeit der Aus-
 nahme der Einfuhrerlaubnis und deshalb ist unsere wichtigste
 Aufgabe jetzt, die möglichste Steigerung der Ausfuhr von Roh-
 stoffen und industriellen Erzeugnissen.

Beginn der Lebensmittelversorgung.

WTB. Amsterdam, 16. März. (Drahtnachricht.) Dem
 „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge soll Anfang nächster Woche
 der Transport einer großen Menge londonischer
 Milch und Speck von Rotterdam nach Deutschland be-
 ginnen. Ursprünglich ein Drittel der gesamten Milch, die
 Deutschland zugewiesen wird, befindet sich schon in Rotter-
 dam. Desgleichen sind schon mehrere tausend Tonnen Speck
 dortselbst aufgetapelt.

Aufhebung des Standrechts über Berlin.

WTB. Berlin, 16. März. (Drahtnachricht.) Reichs-
 weitmündiger Rostock erläßt folgende Bekanntmachung: Die
 militärischen Maßnahmen in Groß-Berlin sind zum Abbruch
 gelangt. Die Rüstung haben aufgehört. Deshalb habe ich
 den Befehl vom 9. d. M. auf, wonach zu erheischen sei, wer
 mit Waffen gegen die Regierungstruppen kämpfend an-
 getroffen wird. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß
 Ordnung und Sicherheit nicht mehr gefährdet werden.

Eine bedeutsame Rede Erzbergers.

WTB. Berlin, 16. März. (Drahtnachricht.) Am
 Sonntag veranlaßte die deutsche Liga für den Völkerver-
 ein Herrens eine öffentliche Kundgebung für den Völkerver-
 ein. Reichsmündiger Erzberger eröffnete die außerordent-
 lich zahlreich besuchte Kundgebung mit einer längeren Rede,
 in der er u. a. sagte: Der Wahnsinn der Bolschewismus be-
 droht die ganze Welt. Hunger und Arbeitslosigkeit sind die
 treibenden Kräfte. Das einzige Mittel, dem Bolschewismus
 Einhalt zu gebieten, ist die Preisgabe der Gewaltpolitik
 durch die Alliierten. Das deutsche Volk hat Wilson nahezu
 grenzenloses Vertrauen entgegengebracht. Die Völkerver-
 ein des Präsidenten vom 14. Februar wird hoffentlich nicht
 verworfen, denn sie ist ein Kompromiß der reinen Ideen
 Wilsons mit imperialistischen Bestrebungen innerhalb der
 Alliierten. Die alten Gewalten, die, wie Wilson am 14. Dez.
 1917 im Kongreß sagte, das einzige Hindernis für die Be-
 teiligung Deutschlands am Völkerverein seien, sind nicht mehr.
 Daher ist Wilson verpflichtet, für die sofortige Beteiligung
 Deutschlands am Völkerverein einzutreten. Abbrüßung und
 gleichzeitige Forderung Deutschlands hieße Deutschland des
 Schutzes berauben. Die in der Völkervereinbunde vom
 14. Februar vorgesehene Regelung der Kolonialfragen wider-
 spreche dem Punkt 5 Wilsons. Wer es möglich ist mit dem
 Frieden meint, muß für Gleichberechtigung die Zustimmung
 seiner Bevölkerung in vollster Freiheit fordern. Deutschland
 ist bereit, dieses Votum anzunehmen. Der Empfang Bol-
 shewisten in Straßburg ist nicht der Ausdruck einer Volksstim-
 mung, sondern ein Regimentsstück alter Kabinetspolitik. Die
 Polen lassen oft das Wort „unbetreten“ in Wilsons Punkt 13
 auf ihren Proklamationen aus. Der Grundgedanke der nation-
 alen Einigung findet seine Grenze in der nationalen Einig-
 ung der anderen. Dies gilt auch für etwaige französische
 Aspirationen auf das Rheinland, das deutsch ist und deutsch
 bleiben wird für alle Zeiten. Die Absichten Polens auf
 Danzig sind ein Verbrechen. Ein Zugang zum Meer für
 Polen läßt sich ohne Anzuerkennung dieser deutschen Stadt er-
 reichen „durch Neutralisierung direkter Wege“ unter der
 allgemeinen Friedensbürgschaft, wie Wilson am 22. Januar
 1917 gesagt hat. Die unerbötlichen Schadensersatzforderungen
 der Entente sind unbegründet und abzulehnen. Seit
 dem 12. Dezember 1918 hat Deutschland verständig den
 Frieden angeboten. Die Antwort werden aber jurist-
 gemäßig und Deutschland zur Fortführung des Krieges ge-

